Nummer 180

Mit Kurszettel

Berliner Börsen-Zeitung

Mit Kurszettel

Verantwortliche Leiter: Handelsteil: W. Funk, Berlin; Politischer Teil: Dr. Paul Oestreich, Berlin; Kunst, Wissenschaft und Lokales: F. Küppers, Berlin-Friedenau.

Verantwortlich: Für den Inseratenteil: i. V. Direktor A. Lorey, Berlin W 8. Verlag u. Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag, Ges. m. b. H. Berlin W 8, Kronenstr. 37

Abendausgabe . 20 Pfennig. 71. Jahrgang Montag, 19. April 1926

Zur Zurückziehung der deutschen Eigentumsbill in Amerika.

Zu der Meldung über die Zurückziehung der deutschen Eigentumsbill in Amerika, die wir bereits in der Sonntag-Morgenausgabe berichteten, liegen heute folgende ergänzende Nachrichten vor, die jedoch kein abschließendes Urteil über die Lage zulassen:

Washington, 17. April.

Mills begründet seinen Entschluß damit, daß das demokratische Mitglied des Repräsentantenhauses Garner ihn darauf hingewiesen habe, daß sich unter denjenigen, die Entschädigungsansprüche geltend machten, eine Gesellschaft befinde, deren Direktoren, Mills, sei. Der Gesetzentwurf sei gestern von Garner in heftiger Weise angegriffen und als „Diebstahl" bezeichnet worden. Mills erklärte, daß er ohne Rücksicht auf die Geschäftsordnung des Repräsentantenhauses an der weiteren Beratung des Gesetzes nicht teilnehmen werde.

New-York, 19. April.

Nach Auffassung hiesiger unterrichteter Kreise haben sich die Ansichten für den Gesetzentwurf betreffend Freigabe des beschlagnahmten deutschen Privateigentums durch die Erklärung Mills' zwar nicht gebessert, immerhin liegt aber auch kein Grund vor, die Hoffnung aufzugeben, da die Stellungnahme Mills' lediglich auf persönliche Motive zurückzuführen ist.

Einer weniger optimistischen Auffassung gibt folgende Meldung Ausdruck:

TU **New-York**, 19. April.

Wie verlautet, hat die Gesetzvorlage zur Freigabe des deutschen Eigentums nicht die geringste Aussicht, noch in dieser Session des Kongresses angenommen zu werden. Es besteht die Möglichkeit, daß für Mills ein anderer Republikaner das Gesetz unverändert im Repräsentantenhaus einbringt, was jedoch keine große Bedeutung hat. Die republikanischen Parteiführer werden in den nächsten Tagen Coolidge nahelegen, nicht mehr auf die Erledigung der Vorlage in dieser Kongreßsession zu dringen, da die Annahme des Gesetzes nicht unbedingt erforderlich sei. Die Ablehnung der Vorlage hätte den Demokraten für die Herbstwahlen eine gute Wahlparole gegeben, was durch die Verlagung des Gesetzentwurfs von den Republikanern verhindert werden soll. Die Frage der Freigabe des beschlagnahmten deutschen Eigentums ist damit zu einer stark umstrittenen Angelegenheit der inneren Politik der Vereinigten Staaten geworden. Verschiedene Blätter erklären bereits, daß die Vorlage endgültig erledigt sei, andere stellen fest, daß das Gesetz jedenfalls in dieser Session keine Aussicht auf Annahme habe.

New-York, 19. April.

Die Zeitung „Herald and Tribune" meldet aus Washington: Als Ergebnis der bisherigen Entwicklung in der Frage der Mills Bill kann geradezu gesagt werden, daß der Gesetzentwurf keine Aussicht hat, vom Repräsentantenhaus angenommen zu werden. Eine Reihe von Abgeordneten ist der Meinung, daß das Privateigentum deutscher Bürger schnell wiederhergestellt werden soll, ist aber nicht damit einverstanden, daß die Begleichung der von Amerikanern gegen Deutschland geltendgemachten Ansprüche den amerikanischen Steuerzahlern aufgebürdet werden soll. Diese Abgeordneten sind auch nicht damit einverstanden, daß Obligationen ausgegeben werden, durch die für die Zahlung dieser Beträge Vorsorge getroffen wird.

Rußlands Vorschlag zum drohenden internationalen Bergarbeiterstreik.

Moskau, 17. April.

Das Exekutivbüro des Komintern schlägt in einem Schreiben an die Amsterdamer Internationale eine gemeinsame Unterstützungsaktion für die englischen Bergarbeiter vor und weist auf die internationale Bedeutung des bevorstehenden Konflikts in der englischen Bergwerksindustrie hin.

London, 19. April.

Der Sekretär des Bergarbeiterverbandes Cook sagte gestern in einer Rede in Tredegar: Die Grubenbesitzer haben den Bergleuten den Krieg erklärt. Die Regierung sollte bedenken, daß in der Polizei und im Heere eine neue Mentalität vorherrscht, denn 97 Prozent der Rekruten der letzten zwei Jahre entstammen den arbeitenden Klassen, und tausend davon sind Bergleute. Sie werden nicht auf ihre eigenen Angehörigen feuern, wenn es ihnen befohlen werden sollte, und man wird sich nicht scheuen, an sie den Appell zu richten, nicht zu schießen.

Das napoleonische Jahr.

Daß Mussolini, der im voraus das Jahr 1926 als das napoleonische Jahr bezeichnet hat, große Unternehmungen für die nächsten Monate plant, ist sicher. Unsicher für die Zuschauer ist nur noch, nach welcher Richtung sich der italienische Expansionsdrang zuerst entladen wird. Augenblicklich sieht es so aus, als wenn Mussolini mit Griechenland zusammen einen Ueberfall auf die Türkei unternehmen will. Die italienischen Wünsche nach Einfluß und Kolonisationsgebieten in Kleinasien sind schon 1919 in Paris während der Friedenskonferenzen angemeldet worden. Vor allem möchte man in Rom Kohlengebiete im Hinterland von Adalia haben. Daß Griechenland nach wie vor Smyrna und sein Hinterland besitzen möchte, steht ebenfalls außer Zweifel. Die alarmierenden Nachrichten, die von London aus über die italienisch-griechischen Pläne verbreitet werden, verdienen deshalb ganz ernst genommen zu werden. Aber vielleicht hat das Londoner Sozialdemokratenblatt, der „Daily Herald", recht, wenn es vermutet, daß die Bedrohung der Türkei durch Italien nur ein mit der Londoner Diplomatie verabredetes Manöver ist, um die Türkei einzuschüchtern und sie zu veranlassen, in der Mossulfrage sich den englischen Forderungen gefügig zu zeigen, während England den Italienern als Dank für ihren Dienst die durch Mussolinis Reise nach Afrika eingeleitete Expansion in Abessinien gestatten und fördern wolle.

Daß Frankreich durch die italienischen Pläne auf das stärkste beunruhigt ist, haben die Senatsverhandlungen und die offiziösen Pressestimmen während der vorigen Woche bewiesen.

Die Spannung, die zo zwischen England, Frankreich und Italien besteht, und auch eine gemeinsame Front dieser drei Mächte in den europäischen Fragen beeinträchtigt, wird offenbar von den Staaten der Kleinen Entente und von Polen benutzt, um sich weitere Vorteile gegen Deutschland zu erzwingen.

Was die europäischen Staatsmänner, auch Stresemann über die Locarnopolitik, zur Stabilisierung des Friedens sagen, paßt also sehr schlecht zu den internationalen diplomatischen Kämpfen, die ab und zu durch so grelle Schlaglichter wie die italienischen Aktionen und die Pariser Senatsverhandlungen verräterisch beleuchtet werden.

Mit vollem Recht drängt daher Nordamerika auf Herbeiführung von Klarheit darüber, ob die anderen Großmächte wirklich willens sind, ihre militärischen Rüstungen zu beschränken. Sollte diese Klarheit nicht bald geschaffen und der Wille nicht bald bewiesen werden, so wird Washington das Wettrüsten sicher in verstärktem Maße betreiben und die Befriedigung Europas und der Welt wird in immer weiterer nebelhafter Ferne entschwinden.

Die Aussichten der Locarnopolitik verschlechtern sich täglich. Dr. O.

Italienisch-griechische Pläne gegen die Türkei.

London, 19. April.

Die „Westminster Gazette" wiederholt die bereits früher aufgetauchte Meldung, daß zwischen Italien und Griechenland ein Vertrag gegen die Türkei abgeschlossen worden sei.

Angora, 19. April.

(Anatolische Telegraphenagentur.)

Die italienische Botschaft dementiert die Nachricht der „Westminster Gazette" über einen gegen die Türkei gerichteten Pakt zwischen Italien und Griechenland. Die Botschaft erklärte einem Mitarbeiter des Blattes „Akscham" gegenüber, bei der Unterredung zwischen Mussolini und dem griechischen Außenminister Rufos habe es sich lediglich um rein wirtschaftliche und handelspolitische Fragen gehandelt. In den vollkommen freundschaftlichen Beziehungen zwischen Italien und der Türkei sei keine Aenderung eingetreten.

Militärische Vorbereitungen der Türkei.

London, 18. April.

Nach einer Agenturmeldung aus Konstantinopel sind alle Reservekklassen von 1920 bis 1925 und alle Klassen von 1926 einberufen worden. In politischen Kreisen herrscht große Besorgnis über den neuen Pakt zwischen Italien und Griechenland, der vom italienischen Botschafter dementiert wurde. Die türkischen Blätter erklären, die Regierung von Angora verfolge die Ereignisse aufmerksam und werde die notwendigen Sicherheitsmaßnahmen ergreifen, sowie es die Lage erfordere.

Was man in England vermutet.

TU **London**, 19. April.

Der gestrige Bericht aus Konstantinopel, nach dem die Jahresklassen der Reserve einberufen worden seien, wird in den heutigen Konstantinopeler Meldungen der englischen Blätter dahin eingeschränkt, daß es sich hauptsächlich um die Einberufung von Rekruten handele. Ein Teil der englischen Morgenblätter schreibt, die militärischen Vorbereitungen der Türkei richteten sich gegen Italien, weil Italien sehr weitreichende Absichten im Mittelmeer habe. Besonders in Kleinasien habe Italien bestimmte Pläne. Es bereite einen Angriff in der Nähe von Adalia und Smyrna gleichzeitig mit einem griechischen Angriff in Ostthrazien und gemeinsame Flottenoperationen vor. Die italienischen Waffenlieferungen an Griechenland seien auch dazu angetan, die Türkei mißtrauisch zu stimmen. Andererseits weist der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph" darauf hin, daß die Beunruhigung der Türkei möglicherweise nicht allein auf die Besorgnis wegen der Pläne Italiens und Griechenlands zurückgehe, sondern daß diese Alarmgerüchte weiter nichts seien als eine Kulisse, hinter der man die militärischen Vorbereitungen an der Irakgrenze verbergen wolle.

EP **London**, 19. April.

Die englischen Zeitungen legen die Meldung der „Exchange Telegraph Company", wonach die Türken sechs Reservistenjahrgänge einziehen wollen, so aus, als ob diese Maßnahme gegen Italien und Griechenland gerichtet sei. Von türkenfreundlicher Seite hätte man die Türkei davon informiert, daß Italien sich zum Handeln entschließen wolle, noch bevor Deutschland im Völkerbundsrat vertreten sei, denn es befürchte, wie der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph" meldet, daß Deutschland sich einem solchen Vorgehen widersetzen werde, während man von den bisher dort vertretenen Mächten keinen Widerstand erwarte. Die Annahme, daß die türkischen Maßnahmen im Hinblick auf Mossul getroffen seien, lehnen die englischen Zeitungen als unwahrscheinlich ab. — Der „Daily Herald" glaubt, daß Italien und Griechenland gegenwärtig einen Druck auf die Türkei zugunsten Englands ausüben, wobei gleichzeitig wirtschaftliche Konzessionen für die genannten Länder herausspringen sollen.

Der englische Botschafter in Angora

Angora, 19. April.

Der englische Botschafter Lindsay kam gestern hier an, um die Verhandlungen über Mossul fortzusetzen. Er hatte mit Außenminister Tewfik Rudschi Bey eine lange Unterredung.

Die deutsch-russische Frage.

Stresemann über die Verhandlungen.

Stuttgart, 18. April.

Auf der öffentlichen Landesversammlung der Deutschen Volkspartei Württembergs nahm nach einem Vortrag vom Reichstagsabgeordneten Freiherrn von Rheinbaben über „Deutschlands weltpolitische Lage in Genf" der aus dem Urlaub zurückgekehrte Reichsaußenminister zu den Problemen der deutschen Außenpolitik der Gegenwart das Wort. Zu den Verhandlungen in Genf führte der Reichsaußenminister aus, daß die Kritik in Deutschland häufig von der völlig falschen Einstellung ausgehe, als ob es sich lediglich um Auseinandersetzungen für oder gegen eine Zulassung Deutschland gehandelt hätte. Man müsse daran erinnern, daß selbst Brasilien nicht grundsätzlich gegen den Eintritt Deutschlands gewesen sei. Die Komplikationen rührten vielmehr in erster Linie daher, daß neben dem Problem der Zulassung Deutschlands so und soviele andere Probleme in die Verhandlungen hereingeworfen worden seien, die einen Erfolg der Genfer Tagung unmöglich gemacht hätten. Briand habe die „moralische Aufnahme Deutschlands" in den Völkerbund festgestellt und als Außenminister lege der Redner größten Wert darauf, festzustellen, daß für die am Rheinpakt beteiligten Mächte die Situation derart sei, als ob Deutschland dem Völkerbund bereits angehöre. Vergeblich habe Deutschland aber auf die versprochenen Erleichterungen der Besatzung am Rhein gewartet. Diese moralische Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund müsse auch für die Pariser Zulassungsverhandlungen maßgebend sein. Leider trete immer wieder die Angst der fremden Militärs zutage und es sei wirklich keine ernst zu nehmende Einstellung mehr, wenn man im Auslande glaube, daß ein Dutzend im Fliegen ausgebildeter Reichswehroffiziere eine Bedrohung des europäischen Friedens darstellen könnten. Wenn in Locarno in Wirklichkeit auf militärische Auseinandersetzungen verzichtet wurde, und zwar gegenseitig, so sei damit die Aufrechterhaltung der Besetzung deutschen Landes nicht vereinbar. Dann ging Stresemann zur Besprechung der

deutsch-russischen Verhandlungen

über und führte hierzu folgendes aus:

Es ist für mich sehr schwer, über Vertragsverhandlungen zu sprechen, die noch in der Schwebe sind, über einen Vertrag, der weder paraphiert, noch abgeschlossen ist. Der Vorwurf, daß die deutsche Regierung über diese Vertragsverhandlungen die ausländische Presse zuerst informiert hätte, ist vollständig abwegig. Eine solche Information ist selbstverständlich nicht erfolgt, wohl aber eine Information derjenigen Mächte, die mit uns den Rheinlandpakt geschlossen haben. **Wir hielten es für richtig, diejenigen, mit denen wir über alle außenpolitischen Grundfragen uns geeinigt hatten, auch über diese Verhandlungen auf dem Laufenden zu halten**, ein System, dessen Gegenseitigkeit sich durchaus empfehlen würde. Wer die Vertragsverhandlungen mit Rußland als eine Abkehr von der Locarnopolitik auffaßt, verkennt den Grundgedanken dieser Politik. Die Verträge von Locarno bezwecken die Friedenssicherung in Europa. Sie hatten keinen aggressiven Charakter gegen irgend eine Macht. Wenn die russische Psychologie lange Zeit darauf eingestellt war, in den Verträgen von Locarno eine Art Kreuzzug gegen Rußland zu sehen, so darf ich darauf hinweisen, daß diese Auffassung bei den Aussprachen in Locarno von Chamberlain, Briand und Vandervelde ebenso zurückgewiesen worden ist wie von unserer Seite. Wenn Deutschland mit Rußland **Vertragsverhandlungen führt, die für beide Mächte darauf hinausgehen, sich einer aggressiven Handlung gegen einen der beiden Staaten nicht anzuschließen, und im übrigen in wirtschaftlichen, freundschaftlichen und beiderseits vorteilhaften Verhältnissen zu bleiben**, so ist das ein Grundgedanke, den auch andere Staaten ihrem Verhältnis zu Rußland zugrunde gelegt haben. Unsere ganze Politik muß darauf eingestellt sein, unter Anerkennung deutscher Gleichberechtigung eine wirkliche Befriedung Europas herbeizuführen und auf der Grundlage des Friedens Deutschlands Fortentwicklung zu sichern. Wenn die Verträge mit Rußland zum Abschluß kommen, so werden sie die natürliche Ergänzung zu Locarno sein, um diesen obersten Grundgedanken der deutschen Politik erneut zum Ausdruck zu bringen.

Englische Offiziöse kündigen Widerstand von seiten Polens und der Tschechoslowakei an.

London, 19. April.

„Times" schreibt: Wir hören, daß Sir Austen Chamberlain in Berlin durch die britische Botschaft und auch durch den deutschen Botschafter in London Sthamer hat wissen lassen, daß die Ansicht des Foreign Office über den geplanten Vertrag zwischen Deutschland und Rußland nicht ungünstig ist. Die Tatsache, daß die deutsche Regierung die anderen Unterzeichner der Locarnoverträge von der bevorstehenden Unterzeichnung des Abkommens mit Rußland in Kenntnis setzte, hat große Befriedigung ausgelöst, und man ist der Ueberzeugung, daß es sich nach Veröffentlichung des vollständigen Textes des neuen Vertrages herausstellen wird, daß er, die bereits in Berlin abgegebenen Versicherungen bekräftigend, sich dem von der Locarnokonferenz geschaffenen Rahmenwerk einfügt und dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund nicht hinderlich ist. Diese Ansicht der britischen Regierung ist den anderen Unterzeichnern der Locarnoverträge durch die üblichen diplomatischen Kanäle mitgeteilt worden.

„Times" fährt fort: Die Tatsache, daß die Locarnoverträge noch nicht in Wirksamkeit getreten sind, macht die Lage äußerst heikel. Es verlautet, daß in Prag und in Warschau einige Zweifel über die Tragweite des neuen deutsch-russischen Vertrages bestehen. Dr. Benesch hat in voller Uebereinstimmung mit Graf Skrzynski bereits die

CORDS Herrenstoff
Er hält, was er verspricht!
Glenisla, der englische Sportstoff 14.50 bis 18.—
CORDS das Haus der guten Qualitäten
Leipziger-Ecke Charlottenstraße FEV

„Rückforth Triglav Bitter" * Der Magenbitter ohne Gleichen.